

Die ORF-Wetter-Moderatorin Eser Akbaba sieht die Versäumnisse in der Integration vor allem bei der Politik

„Wir sind noch auf Identitätssuche“

Von Stefan Beig

■ Akbaba im Gespräch über Integration und den türkischen Botschafter.
 ■ „Ich wurde mir meiner türkischen Herkunft erst mit 22 Jahren bewusst.“

Wien. Seit 1. November ist die ORF-Wetter-Moderatorin Eser Akbaba beim Verein „Wirtschaft für Integration“ (www.vwfi.at) für PR zuständig. Der Verein will Unternehmen für Integrationsprojekte gewinnen und fördert die Sprachkompetenz Jugendlicher.

„**Wiener Zeitung:** Wie ist Ihr Job?
Eser Akbaba: Sehr intensiv. Eben sind beim Mehrsprachigkeitswettbewerb „Sag's Multi“ Regionalausscheidungen. Erstmals wird im März ein Integrationsstag mit Workshops stattfinden.“

Dabei gefällt Ihnen das Wort „Integration“ ja gar nicht. . .

Integration wurde gerade bei Zuwanderern zum Schimpfwort. Es suggeriert, dass es um Probleme geht. Ein alternativer Begriff fällt mir bis heute nicht ein. Mein Beruf mag ich aber sehr. Wir zeigen die positiven Seiten der Integration auf, dass Migranten nicht nur Probleme verursachen, sondern auch erfolgreich sind. Eigentlich sollte „Integration“ miteinander bedeuten. Für mich ist Integration wie ein Gespräch auf Augenhöhe, in dem sich Zuwanderer positiv zur Geltung bringen.

Seit dem Interview des türkischen Botschafters ist die türkische Community im Gespräch, etwa deren Bildungsdefizite.

Man soll nicht immer mit den Problemen anfangen. Beim ORF bin ich das Aushängeschild, aber ich bin nicht die Einzige. Nur weil man anders aussieht, heißt das nicht, dass man bildungsfern ist. Meine Mutter hat mir immer eingeschärft: Du wirst studieren.



„Ein Zuwanderer ist wie ein neuer Mitschüler in der Klasse“, meint Eser Akbaba. Foto: Pessenlehner

Dennoch gibt es Bildungsprobleme.

Meine Eltern kamen vor 40 Jahren nach Österreich und haben wie so viele in einer „Fabrikwohnung“ gewohnt – unter Türken. Der erste Kontakt bestand zu den eigenen Landsleuten. Viele hatten keine Möglichkeit Deutsch zu lernen – man hat es von ihnen auch nicht verlangt. Diese erste Periode

„Der türkische Botschafter ist nicht mein Botschafter, nur weil ich türkisch-kurdische Wurzeln habe.“

der Integration hat die Politik verschlafen. Seit 15 Jahren soll auf einmal alles klappen, nachdem sich davor niemand darum gekümmert hat. Plötzlich wird von der Jugend Unmögliches verlangt.

Welche Maßnahmen helfen denn?

Gut finde ich die Kindergartenpflicht. Ich bin mit einem Jahr in den Kindergarten gegangen, weil meine Eltern arbeiten mussten.

Wie hat Ihnen das Botschafter-Interview gefallen?

Seine erste Frage, ob er als Botschafter sprechen soll oder nicht, halte ich für überflüssig. Er repräsentiert immer sein Land. Recht hat er damit, dass man mehr über erfolgreiche Türken berichten sollte. Aber seine Tonlage gefiel mir nicht. Er ist auch nicht mein Botschafter, nur weil ich türkisch-kurdische Wurzeln habe.

Sie sind Alevitin. Ihre Dissertation behandelt die alevitische Jugend.

Viele alevitische Jugendliche beschäftigen sich intensiv mit ihrer Herkunft, etwa dem Massaker in Dersim im Jahr 1938. Ich bemerke das an den Facebook-Einträgen. Leider wird für sie sehr wenig gemacht. Können Sie sich

vorstellen: Die Aleviten haben in Österreich nur ein Cemevi (Gebetshaus) – bei 60.000 Aleviten!

Haben Sie Konflikte innerhalb der Zuwanderer-Community erlebt?

Meine Eltern sind aus Dersim. Es gibt noch türkisch-kurdische Spannungen. Manchmal wird man als Kurdin schief angeschaut. Auch zwischen Sunniten und Aleviten kann es Konflikte geben. Als ich zwölf war, wurde ich in der Schule gehänselt, weil ich im Monat Ramadan nicht gefastet habe. „Du bist keine Muslimin, wenn du nicht fastest“, haben die Schüler gesagt.

Früher wurden Zuwanderer oft wegen der FPÖ-Rhetorik als Opfer in Schutz genommen.

Man muss weg von der Gegenüberstellung Opfer- und Täterrolle. Man soll nicht nur bemitleidet werden. Ein Zuwanderer ist wie ein neuer Mitschüler in der Klas-

se, der zunächst gehänselt wird. Vorurteile hat am Anfang jeder. Das ist auch gut, damit man sie nahher abbauen kann.

Wie sehen Sie nun die Lage der Jugendlichen aus Migrantenfamilien?

Wir sind noch immer auf Identitätssuche. In der Türkei bin ich eine Ausländerin. In Österreich gelten meine Eltern noch immer als Gastarbeiter. Wie lange ist man Gast? Ich rede oft von einer Hybrid-Identität, die aus Österreich und dem Herkunftsland besteht. Die Jugendlichen haben eine „eigene Sprache“ entwickelt – ein „getürktes Deutsch“, weil sie sich eine Misch-Identität angeeignet haben. Ich bin mir erst mit 22 Jahren meiner türkischen Herkunft bewusst geworden.

Warum?

Bis dahin hatte ich mich als Österreicherin gesehen. Ein Wiener hat mich damals gefragt, ob ich Österreicherin bin. Als ich das bejahte, sagte er: „Sie haben vielleicht die österreichische Staatsbürgerschaft, aber Österreicherin sind Sie sicher nicht.“ Da dachte ich mir: „Sie werden mich nie als Österreicherin sehen. Warum?“ Liegt es am Aussehen, am Namen? Ich fühle mich hier zu Hause und lebe mit der Mehrheitsgesellschaft. Aber meine Eltern kommen aus Ostanatolien. Vorher hatte ich mich nicht so intensiv mit meiner Herkunft beschäftigt.

Die Politik macht es Migranten oft nicht leicht. Die Wirtschaft schon?

In der Wirtschaft geschieht vieles ungezungen. Viele sprechen Englisch, weil nicht alle Deutsch können. Keiner fragt: Woher kommen Sie? Den Zuwanderern macht oft viel Bürokratie zu schaffen. Ihre Qualifikationen können nicht genutzt werden. Die Nostrifizierung dauert sehr lange. Für die Zukunft wünsche ich mir ein Österreich, in dem eines Tages alle Integrationsexperten arbeitslos sind und ich ZIB-Nachrichtensprecherin bin. (lacht) ■

■ Leserbriefe

Talente in der Schule besser fördern

Maria Theresia wird schön langsam im Grab zu rotieren beginnen. Uns geht die ständige Streiterei über die Schulreform auch schon auf den Geist – noch dazu, weil die bereits getroffenen Maßnahmen auf keinen Fall die anfallenden Probleme wirklich lösen werden.

Die Devise darf eigentlich nur lauten: Talente herauslocken, ernst nehmen und fördern, denn jeder Schüler hat das Recht, dass seine Stärken erkannt und gefördert werden. Dafür braucht es pädagogischen Spürsinn und die notwendigen Rahmenbedingungen.

Hoffentlich sehen das die Verantwortlichen auch so – damit die anno 1774 eingeführte Unterrichtspflicht nicht zum Bumerang für die nachfolgenden Generationen wird.

Peter Fuchs
4064 Oftring

„Tiefschlag für Wiens Börse“

Zum Kommentar von Peter Muzik, 20. November:

Dieser Kommentar zu einer geplanten 25-prozentigen Wertpapier-KEST beschreibt auch die Lage jener Angestellten und Pensionisten, die sich in der (oft trügerischen) Hoffnung, durch Aktien einige Euro zu verdienen, am Kapitalmarkt bewegen. Diese Personen können normalerweise ihre Wohnsitze nicht ins Ausland verlagern oder sonstige Möglichkeiten ausschöpfen, wie dies internationale Investoren tun.

Es dürfte sich schon herumgesprochen haben, dass die SPÖ-Strategie der „Reichensteuer“ ausschließlich den Mittelstand trifft, der aber anscheinend für beide Koalitionsparteien nicht im Fokus ihres Interesses steht.

Rudolf Eck
per E-Mail

Familienbesteuerung als Familienförderung

Der Alleinverdienerabsetzbetrag wurde ersatzlos gestrichen und die Regierung nimmt armen Ehepaaren 364 Euro jährlich weg. Warum gibt es als Ersatz in Österreich keine Familienbesteuerung, wie in Frankreich, Deutschland und anderen Staaten? Das Einkommen eines Ehepartners wird schließlich auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und sollte daher auch so besteuert werden.

Bei diesem Modell werden zudem die gegenüber Kindern und dem nichterwerbstätigen Ehepartner bestehenden Unterhaltspflichten steuerlich berücksichtigt. Dabei würden besonders Familien mit Kindern profitieren, und der Mittelstand wäre nicht mehr die steuerliche Melkkuh des Staates.

Kurt Gärtner
4600 Wels

„Sprengstoff für die Politik“

Zum Leitartikel von Reinhard Göweil, 27. November:

Dieser Leitartikel beweist wieder einmal, dass das Verständnis der „Wiener Zeitung“ für finanzwirtschaftliche Zusammenhänge dem eines AHS-Lehrers gleicht, der gerade einen Schnellsiederkurs der Arbeiterkammer zum Thema Volkswirtschaftslehre für Betriebsräte absolviert hat. Denn dass eine jahrelang überzogene Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand letztlich zu nicht mehr finanzierbaren Budgetdefiziten führt, wird darin verschwiegen.

Letztlich trägt die Politik die Verantwortung für die wachsende Staatsverschuldung – etwa wenn zwei Wochen vor der Nationalratswahl noch üppige Steuergeschenke beschlossen werden. Je überzogener die Wahlgeschenke, umso här-

ter die darauf folgenden Sparpakete und desto größer der Protest gegen die Sparpläne der Regierungen, die durch diese Politik selbst den Boden für extreme Parteien bereiten.

Dr. Herbert Enders
1120 Wien

Richtig sparen und in Bildung investieren

Sparen ist immer gut, wenn man darunter den Verzicht auf Überflüssiges versteht. Totsparen kann fatale Auswirkungen haben. Nicht in Bildung zu investieren, ist schlicht dumm und unverantwortlich.

Dabei könnte man auch an den Universitäten sparen: Frontalvorlesungen im Internetzeitalter sind ein Anachronismus. Aber bei unserer wieder aufflackernden radikalen Sehnsucht nach geistiger Provinz gibt es bald nurmehr Stillstand.

DI Bernd Stanzel
1070 Wien

„Frührenten nur noch mit Abschlag“

Zur Analyse von Brigitte Pechar, 26. November:

In unserem Pensionssystem ist der Wurm drinnen: einerseits wegen der Anwartschaft nach Versicherungszeiten, andererseits wegen des Eintrittsalters. Das sozialpolitische Problem: Kaum ein Unternehmen in Österreich stellt Männer über 50 Jahren ein, bei Frauen ist es noch schlimmer. Die Politik weiß dies und tut wenig dagegen.

Peter Stöckler
2214 Auersthal

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.